

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzolamtes zu Baugen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeglieder des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 60 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen wöchentlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. — Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Veröfentlichungseinrichtungen — hat der Bezücker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5spaltige Grundzeile (3m. Maße 25, oder deren Raum 30 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg. Im Textteil (3m. Maße 17) 60 Pfg. die 3spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3spaltige Zeile 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Übergang der militärischen Kommandogewalt auf die Regierung.

Berlin, 26. Oktober. (Priv.-Tel.) Wie wir hören, werden dem Reichstag heute weitere Verfassungsänderungen zugehen, die eine Verankerung der neuen Regierungsform darstellen, insbesondere auch mit Bezug auf das Verhältnis zwischen Militär und Zivilgewalt. In der Hauptsache handelt es sich bei dieser Verfassungsänderung darum, daß die oberste Kommandogewalt des Kaisers auf die Regierung übergeht.

Ein Kronrat.

Berlin, 26. Oktober. (Priv.-Tel.) Mit der weiteren Demokratisierung der Reichsverfassung, den Übergang der militärischen Kommandogewalt auf die Reichsregierung, beschäftigt sich am Freitag ein Kronrat, der unter dem Vorsitz des Kaisers und Beteiligung auch der Ratgeber der Krone außerhalb des eigentlichen Kabinetts zusammengetreten war. Es handelt sich um Vorschläge, die bereits seit längerer Zeit im Reichstag im Umlauf sind. Die Tendenz geht dahin, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auch auf die Kommandogewalt des Kaisers auszudehnen und dementsprechend die Stellung des Kriegsministers in einen verantwortlichen Staatssekretär umzuwandeln, ihm gleichzeitig das Militärkabinett, das bisher direkt dem Kaiser unterstand, unterzuordnen und die Artikel 63 und 64 der Reichsverfassung, in denen die Kommandogewalt des Kaisers als des obersten Kriegsherrn begründet ist, in der Richtung abzuändern, daß auch hier die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Platz greift. Es versteht sich von selbst, daß bei dieser tiefgreifenden Neuordnung große Widerstände in der näheren Umgebung der Krone zu überwinden waren, was auch schon aus der mehrstündigen Dauer des Kronrats hervorgeht. Die Heere unserer Feinde sind erst im letzten Kriegsjahre einem einheitlichen Oberbefehl unterstellt worden, und seitdem muß man sagen, daß sie mit ihrer Sache einigermassen gut vorwärts gekommen sind. Wir wollen jetzt, wo der Krieg zu Ende geht, und wo wir nur durch Aufrechterhaltung äußerster Kampfbereitschaft noch das Schlimmste von uns abwenden können, den umgekehrten Weg einschlagen. Der einheitliche militärische Wille, der das gewaltige Gebilde unseres Feldheeres allein zusammenhalten kann, soll durch die Weisheit der Zivilregierung ersetzt werden. Die Vorlage scheint aber schließlich sowohl die Zustimmung des Kronrats wie des Bundesrats gefunden zu haben, da sie heute schon bereits dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Müssen wir kapitulieren?

Von maßgebender militärischer Stelle wurde bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß es eine völlige Bekenntnung der Lage sei, wenn Herr Wilson nur für die Begegnung der Sicherheiten verlangt und lediglich einen Waffenstillstand befürworten will, der eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich machen soll. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß die Räumung Belgiens das militärische Übergewicht ausschließlich auf die Gegenseite drücken würde, daß also wir, falls wir eine solche Räumung zugestehen, Sicherheiten verlangen müssen, die wir unsere Lage, wenn unsere neuen Stellungen an der Landesgrenze bezogen werden, sich nicht zu unseren Ungunsten verschlechtern. Es heißt aber doch wohl unseren Friedenswillen überschätzen, wenn man wirklich auf der Gegenseite glaubt, uns einfach stranzulieren zu können. Gewiß ist es kein Geheimnis, daß unser Heer eine schwere Krise durchgemacht hat und daß die hohe Zahl an Gefangenen, die wir verloren, zum Teil darauf zurückzuführen ist. Aber diese Krise ist doch jetzt überwunden. Die Gefangenenzahl in den letzten Kämpfen ist erheblich geringer geworden. Die Großangriffe der letzten Wochen haben dem Feinde Verluste zugefügt, die die unseren bei weitem übersteigen. Wir dürfen nach den Leistungen unseres Heeres die feste Zuversicht haben, daß unsere Front hält, umwunden so lange hält, bis die eintretende Winterkälte den weiteren Kämpfen ein Ende macht. Die Winterkälte aber bedeutet für uns die Möglichkeit, neue Stellungssysteme hinter unserer Front auszu-

bauen und den ganzen Westen in eine einzige Festung zu verwandeln, das bedeutet also den Wiederbeginn der Kämpfe im nächsten Jahr, daß die Feinde gegen ein neues Stellungssystem antreten müssen. Und ob die Stimmung auf der Gegenseite die Belastungsprobe aushält, den Krieg ohne Zweck noch ein halbes Jahr weiterzuführen, ist uns zweifelhaft. Gerade deshalb aber brauchen wir nicht geduldig zuzusehen, wenn die Heerführer der Gegenpartei die Verhandlungen ins Endlose hinzuziehen suchen sollten. Herr Wilson befindet sich in einem gefährlichen Irrtum, wenn er etwa glaubt, daß die Einstellung des Unterseeboottkrieges auf unbegrenzte Zeit von uns beabsichtigt ist. Wir haben, um einen Beweis unseres ernstesten Friedenswillens zu geben, uns bereit erklärt, auf die Torpedierung von Passagierdampfern zu verzichten, aber dieses Zugeständnis gilt nur so lange, als wir an eine baldige Beendigung des Krieges glauben. Niemand kann auf deutscher Seite die Verantwortung dafür übernehmen, diese Waffe an die Hand zu hängen und ruhen zu lassen, sobald bei uns der Glaube an den Friedenswillen der Gegner verloren ist. Wir können daher verlangen, daß die militärischen Führer unserer Gegner sich rasch über die Bedingungen klar werden, die sie uns zu stellen beabsichtigen. — Nur eine solche Antwort haben nicht nur wir ein Recht, sondern hat jeder ein Recht, der dem nutzlosen Morden ein Ende machen will. Aus dieser Antwort aber werden wir zugleich auch erkennen können, ob es der Entente ehrlich ist mit dem Verständigungsfrieden, oder ob sie uns nur hinhalten will, so lange, bis sie glaubt, uns ihre Bedingungen aufzwingen zu können.

Die Wiener Presse zur neuen Wilsonnote

Wien, 25. Oktober. (W. T. B.) In Besprechung der Antwort Wilsons auf die letzte deutsche Note stellen die Blätter fest, daß die Gesinnungen Wilsons im Widerspruch zu dem von ihm proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker stehen und eine Einmischung in die inneren Verhältnisse, insbesondere aber einen Eingriff in das Recht der Selbstbestimmung der Staatsform bedeuten. Das Rechtsgefühl des deutschen Volkes werde durch die Forderung Wilsons in der dynastischen Frage auf die allerhärteste Probe gestellt. — Die „Neue Freie Presse“ charakterisiert die Note Wilsons als ein Schriftstück, wie es selten von einem Sieger verfaßt wurde. Wenn sich aber das deutsche Volk der Überzeugung nicht länger verschließen kann, daß der Feind über einen weiteren Zuwachs an Streitkräften verfügen werde, und daß die Überlegenheit an Waffen durch das Fehlen der Rohstoffe nicht eingeholen sei, wird es einen würdigen Weg zu einem schwereren Frieden betreten. Deutschland, das zu großen Bestimmungen aufbewahrt sei, werde aus dem Frieden der Entente nicht zukunftslos hervorgehen. — Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: Kaiser Wilhelm und seine Ratgeber stehen vor der Frage, ob es möglich ist, die Zukunft und das ganze Schicksal des deutschen Volkes an die eine Frage des Schicksals der Dynastie zu hängen. Die deutsche Regierung wird den Faden der Verhandlungen nicht abreißen lassen dürfen. Sie wird sich vor einer harten Notwendigkeit sehen, auch diese Frage mit ihrem Verantwortlichkeitsgefühl ins Reine zu bringen. — Die „Reichspost“ erinnert daran, um wieviel leichter die angebliche Gewaltpolitik der Mittelmächte in Brest-Litowsk den völlig bestiegenen Russen und Rumänen das Friedensschließen machte, als es jetzt durch den Pazifisten Wilson und seine Affoziierten gegenüber den Mittelmächten geschieht.

Ein russisches Urteil über Wilson.

Moskau, 24. Oktober. (W. T. B.) In der „Iswestija“ schreibt der Vorkämpfer Rabel u. a.: Wilson verlangt die Rückgabe Elsaß-Lothringens ohne Befragung der Bevölkerung. Er befehlt die Philippinen als Weg nach China, wo er mit dem japanischen Kapital um die Herrschaft ringt. Er protestiert mit seinem Wort gegen den russischen Journalismus und die Unterjochung der Irländer. Er fordert von dem englischen Kapital nicht die Rückgabe der kolonialen englischen Gebiete. Das amerikanische Kapital kämpft gegen die Rückgewinnung gemeinschaftlich mit den Engländern um den Besitz von Batu in Bezug auf Kapthwa, um den Besitz von Turkestan mit Bezug auf Baumwolle und sibirische Erze, um den Kohstoffmarkt zu beherrschen. Was die von Wilson vertretene Abrüstung betrifft, so kann nur ein Dummkopf glauben, daß England und Amerika ihre Flotten vernichten werden.

Deutschösterreichischer Anschluß ans Reich.

Wien, 24. Oktober.

Ein Österreich-Ungarn gibt es nicht mehr. Wie Schweden und Norwegen haben sich auch Zisleithanien und Transleithanien getrennt. Vorläufig wollen die Ungarn noch an der Personal-Union festhalten. Man weiß aber an dem Beispiel von Schweden und Norwegen, wie lange eine solche Personal-Union hält. Das ist mit dürren Worten die wahre Lage. Da muß es in Deutsch-Österreich auffallen, wie achlos die reichsdeutsche Presse an einer Tatsache vorübergeht, die durch den Abfall Ungarns — wir gebrauchen absichtlich dieses Wort — und die Neuordnung der Dinge im alten Österreich bedingt wurde. Der neue Bundesstaat Österreich kennt die alten politischen Richtlinien der Habsburger Monarchie nicht mehr. Aus dem kaiserlichen Manifest geht eine Tatsache klar hervor, die bisher von der reichsdeutschen Presse noch gar nicht beachtet wurde: Das Bündnis mit dem Deutschen Reich ist gelöst. Die Sonderausgabe der „Wiener Zeitung“ vom Donnerstag, den 17. Okt., hat dies klipp und klar verkündet. Der Gedanke natürlich ist nicht in feindseligem Sinne ausgesprochen. Aber die Tatsache ist da: Der neue Bundesstaat Österreich ist von allen Verpflichtungen der früheren Monarchie gelöst.

Im ungarischen Reichstag hat Graf Karolyi bereits frohlockend die Lösung des Bündnisses verkündet. Selbst Graf Tisza, der bisher ein Gegner der völligen Unabhängigkeit Ungarns und ein Anhänger des Bündnisses mit dem Deutschen Reich war, hat völlig umgelernt. In deutschnationalen Kreisen Österreichs war man auf diesen Wandel der Dinge längst gefaßt. In der reichsdeutschen Presse allerdings spielen ja die „ritterlichen Madjaren“ immer noch die Hauptrolle in allen Betrachtungen von der Bündnistreue. Nach den letzten Vorgängen im ungarischen Reichstag können nun auch die Reichsdeutschen mit Schiller sagen: „Jetzt zeigt ihr euer wahres Gesicht, bisher war's nur die Larve!“

An der Donau pfeifen es die Spahen von den Dächern, daß Wilson in der Vernichtung des Bündnisses den höchsten Triumph seiner Staatskunst sieht. Höfische Kreise kerikaler Prägung waren mit dem Herzen nie bei dem Bündnis. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe haben sie die Bündnispolitik mitgemacht. Der selbständige tschechoslowakische Staat ist ein erbitterter Feind des Deutschen Reiches, genau so wie der polnische Staat, den Bethmanns geniale Staatskunst dem Deutschen Reich als Nachbar geschenkt hat! Auch der südbaltische Staat wird ausgesprochen deutschfeindlich sein. Vatikanische Strömungen haben namentlich in Polen einschneidenden Einfluß; daß diese nicht deutschfreundlich sind, weiß am alten Ribbelungenstrom jedes Kind. Nur an der Spree spielt man, namentlich in der Wilhelmstraße, immer noch den berühmten Vogel mit dem langen Halse. Das Bündnis mit dem Deutschen Reich ist erledigt. Ob Staatssekretär Solf sich für die Frage besonders „interessiert“, möchten wir bezweifeln.

Den Deutschösterreichern ist gerade durch diese Tatsache die volle Freiheit des Handelns gegeben worden. In Wien laufen bekanntlich heute noch die Northcliffe-Agenten dudenweise herum. Man weist mit Fingern auf sie, aber die Regierung hütet sich, sie auszuweisen. Für Deutschösterreich ist die Entscheidungstunde da. In nationalen Abgeordnetentreifen hat man den Umfall der ritterlichen Madjaren längst geahnt, wie man sich überhaupt in Deutschösterreich sehr oft auf den Sach aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ besinnt, daß die Madjaren mit Vorliebe das Lied singen: „Der Deutsche ist ein Hundsfott“. Wer die geradezu maßlosen Äußerungen des Grafen Karolyi über Kaiser Wilhelm und die deutsche Politik gelesen hat — warum die reichsdeutsche Presse so stillschweigend darüber hinwegging, oder hinweggehen „mußte“, wollen wir nicht erörtern — dem wird es nunmehr wohl klar sein, daß Ungarn sich nach der feindseligen Seite hinlangt „orientiert“ hat. Tisza hat offen im Reichstag behauptet, daß „wir“ den Krieg verloren haben.“ Wenn auch einige Husarenpolitiker noch eine Entrüstungskamodie gegen den Grafen Karolyi und seine Leute insze-